

PRESSEMITTEILUNG

19.06.2017

„WER SICH EINER EVAKUIERUNG WIDERSETZT, VERHÄLT SICH UNSOZIAL!“

Das findet zumindest **Jens Seidel**, Fraktionsvorsitzender der **CDU**-Ratsfraktion. „Bei allem Verständnis: Niemand möchte gern seine Wohnung verlassen und jeder empfindet solche Maßnahmen als lästig und nervig – insbesondere, wenn sie so spontan wie in Hannover Badenstedt eingetreten sind“, so **Seidel** weiter. „Allerdings gibt es einen guten Grund dafür. Die Behörden treffen eine Prognoseentscheidung. Dabei wissen sie nicht, ob eine Weltkriegsbombe explodieren und so ein Schaden eintreten wird. Im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger ist zu prüfen, wie ein möglicher Schaden abgewendet oder wenigstens reduziert werden kann.“

Geregelt ist dieses Vorgehen im Niedersächsischen Sicherheits- und Ordnungsgesetz. Hiernach können die Sicherheitskräfte zur Abwehr einer akuten Gefahr für das Leben von Menschen unter anderem Platzverweise aussprechen, die sich auch auf Wohnungen erstrecken können. Im Extremfall kann in Gewahrsam genommen werden, wer sich dem Platzverweis widersetzt.

„Wer sich also einem solchen Platzverweis widersetzt, widersetzt sich nicht nur der Staatsgewalt. Er verliert auch Ansprüche, sollte am Ende doch ein Schaden durch Explosion oder Sprengung der Weltkriegsbombe eintreten“, erläutert **Seidel** und fügt hinzu: „Zudem verhält sich jemand, der in dieser Weise agiert, meiner Ansicht nach unsozial. Er zieht eine notwendige Maßnahme zur Gefahrenabwehr unnötigerweise in die Länge. Er verlängert dadurch die Arbeit der Einsatzkräfte und er macht anderen Menschen im Evakuierungsgebiet, also seinen eigenen Nachbarn, eine möglichst zeitnahe Rückkehr in Ihre Wohnungen unmöglich.“

„Wir müssen uns daher überlegen, ob die Verhängung eines Bußgeldes an dieser Stelle notwendig wird“, erläutert der **CDU**-Mann. „Man kennt dies aus dem Flugverkehr, wo renitente Passagiere (Unruly Passengers) im Nachgang zur Kasse gebeten werden. Ich kann mir vorstellen, auch bei Verzögerungen von Evakuierungen von diesem Mittel Gebrauch zu machen. Leider werden manche Menschen erst einsichtig, wenn es an ihre Brieftasche geht“, so **Seidel**.

Um die hervorragende Arbeit der Einsatzkräfte nicht durch die Einleitung von Ordnungswidrigkeitsverfahren zu erschweren, sollte geprüft werden, ob diese Aufgabe künftig nicht durch die „neuen“ Ordnungskräfte der Landeshauptstadt Hannover übernommen werden könne. „Ich denke, dies kann auch ein sinnvolles Betätigungsfeld für die städtischen Kräfte sein“, so **Seidel** abschließend.

Kontakt: **Jens Seidel**, Fraktionsvorsitzender
der **CDU**-Ratsfraktion, Tel.: 0151 – 40 400 463



CDU RATSFRAKTION
HANNOVER